

BESCHLUSSPROTOKOLL II

der 17. Sitzung des Bundesrates vom 7. Mai 1975 - ganzer Tag

I. AUSSPRACHEN1. Fragen der GPK des Ständerates zum Geschäftsbericht 1975

Auf Grund einer Notiz des Bundeskanzlers vom 30.4.1975 pflegt der Rat eine Aussprache über das Vorgehen bei der Beantwortung dieser Fragen. Es wird beschlossen, dass

- a) die Departemente über die in ihrem Bereiche in Vorbereitung stehenden Vorlagen (Verfassungs- und Gesetzesstufe) einzeln antworten, wobei zur Frage der Prioritäten nicht Stellung genommen wird;
- b) das Problem der Prioritäten soll in einem Brief des Bundesrates an die Geschäftsprüfungskommission des Ständerates generell behandelt werden, und zwar im Sinne der Zurückhaltung, da zum Teil Schwierigkeiten wegen der unsichern Entwicklung der Finanzen des Bundes bestehen, zum Teil aber auch mit Rücksicht darauf, dass das Problem der Prioritäten gemäss Geschäftsverkehrsgesetz im Zusammenhang mit den Richtlinien für die Regierungspolitik abzuhandeln ist.

Die Bundeskanzlei wird beauftragt, dem Bundesrat den Entwurf zu einem Brief an die GPK des Ständerates vorzulegen.

2. Europäische Währungsschlange

Die Aussprache findet in Anwesenheit von Herrn Dr. Leutwiler, Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank statt, der dem Bundesrat unter dem Datum des 29.4.1975 bereits einen vertraulichen Bericht über den Stand der Diskussion betreffend eine allfällige Beteiligung der Schweiz an der europäischen Währungsschlange unterbreitet hat. Herr Chevallaz stellt einleitend fest, dass die Meinungen in beiden Lagern geteilt sind: Im Bereiche der heute zur europäischen Währungsschlange gehörenden Länder sind die BRD und Holland einem Beitritt der Schweiz sehr gewogen, bei den andern sind Vorbehalte und Zurückhaltung festzustellen - in der Schweiz selbst fürchten namentlich Kreise der Exportindustrie, dass es im Falle des Beitritts der Schweiz zu einer Stabilisierung des Schweizerfrankens auf zu hohem Niveau kommen könnte. Auf jeden Fall aber sollten die Verhandlungen fortgesetzt werden, jedoch auf der Ebene der Notenbanken, ohne dass bereits Entscheide auf Regierungsebene fallen.

Herr Präsident Leutwiler schliesst sich dieser Auffassung an. Auch er hält dafür, dass die Kontakte fortgesetzt werden sollten, aber weiterhin ohne dass man sich politisch festlegt. Auf Grund der Aussprache, in deren Verlauf dem Direktionspräsidenten der Nationalbank eine Reihe von Fragen gestellt werden, hält Herr Leutwiler fest, dass innerhalb der Schlange der Widerstand gegen einen allfälligen Beitritt der Schweiz von Belgien angeführt wird, teils wahrscheinlich aus Eifersucht auf die Bedeutung des Finanzplatzes Schweiz. Dazu kommt die Opposition von Frankreich, das der Schlange zwar nicht mehr angehört, als EWG-Mitglied aber ein massgebendes Wort mitzusprechen hat. Die Banque de France war zuerst positiv der Schweiz gegenüber, wurde dann aber von Giscard d'Esting zurückgepfiffen. Bezüglich unseres Verhältnisses zum Dollar unterstreicht Herr Leutwiler, dass Stützungsaktionen durch die Schweiz auch notwendig bleiben, wenn die Schweiz der Währungsschlange nicht beiträgt. Tritt sie ihr bei, sind aber von diesen Stützungsaktionen grössere Erfolge zu erwarten. Bezüglich der Zusammenarbeit mit den Grossbanken ist festzustellen, dass sie derzeit gut klappt - es wird dies auf die Dauer aber nur so bleiben, wenn die Nationalbank wirksame Drohungen zur Hand hat. Die Verpflichtungen, die wir im Falle eines Beitritts zur Währungsschlange eingehen, haben zur Befürchtung geführt, dass die Schweiz im Falle eines Ueberschreitens der Bandbreiten auf- oder abwerten müsste. Dies ist aber nicht der Fall. Es steht fest, dass die Schweiz in solch einem Falle eine Aenderung der taux pivots verlangen könnte. Im übrigen ist die Möglichkeit eines Rücktritts gegeben im Falle einer Denaturierung der Schlange oder wenn die Bandbreite von heute  $2\frac{1}{4}$  % stark ausgeweitet würde. Die Kredite, welche für allfällige Interventionen benötigt würden, müssten nicht vom Bund zur Verfügung gestellt werden. Es wäre dies eine reine Angelegenheit der Notenbank.

Gestützt auf die Diskussion beauftragt der Bundesrat Herrn Präsident Leutwiler, die Verhandlungen auf Notenbankebene fortzuführen, wobei die Bedingungen, die auf Seite 6 seines Berichts aufgeführt sind, als Bedingungen der Nationalbank in die Waagschale geworfen werden sollen. Dies bedeutet, dass der Bundesrat diese Bedingungen später auf Ministerebene umformen kann, bzw. dass die Schweiz politisch noch nicht gebunden ist, wenn den von Herrn Präsident Leutwiler in den Verhandlungen gestellten Bedingungen von den andern Ländern zugestimmt würde. Herr Präsident Leutwiler hat den Bundesrat über den weiteren Verlauf seiner Verhandlungen auf dem Laufenden zu halten.

### 3. Abstimmungskampagne vom 8. Juni 1975

Der Bundesrat nimmt von einem weiteren Zwischenbericht des Bundeskanzlers vom 6. Mai 1975 Kenntnis. Die Gespräche mit der SRG scheinen zu einem Einschwenken der SRG auf die Wünsche des Bundesrates zu führen - der Arbeitsausschuss für die Informationskampagne ist über die Bereitschaft von Mitgliedern des Bundesrates zur Mitwirkung an öffentlichen Versammlungen informiert worden.

4. Richtlinien für den Voranschlag 1976

Gestützt auf einen detaillierten Bericht des FZD vom 1.5.1975 werden zwei erste Grundsatzentscheide gefällt: Das Defizit im Voranschlag 1976 (ohne Eventualhaushalt) ist auf eine Grössenordnung von 500 Mio zu begrenzen, und das Wachstum der Ausgaben im Budget A soll 9% (im Vergleich zum definitiven Budget 1975) nicht übersteigen. Das Problem der Ausgabenkürzungen von 850 Mio gegenüber den Zahlen der Finanzplanung 1976 führt zu einer grundsätzlichen Aussprache über das weitere Vorgehen; das Problem soll an der nächsten Sitzung weiter diskutiert werden.

5. Besetzung des Atomkraftwerkgeländes Kaiseraugst

Herr Ritschard gibt dem Rat Kenntnis davon, dass eine Vierergruppe unter der Leitung von Herrn Nationalrat Hubacher, Basel bei ihm vorgesprochen hat, um die Möglichkeit einer Vermittlung zu sondieren. Die Besetzer wären bereit, unmittelbar nach Pfingsten ihre Aktion abubrechen, wenn der Bundesrat bereit ist, sie Ende Mai zu einer Besprechung zu empfangen. Inzwischen sollte das Gelände jedenfalls nicht mit Stacheldraht eingezäunt werden, und die Bauherrschaft sollte bis auf Weiteres auch auf die Wiederaufnahme der Bauarbeiten verzichten.

In der Diskussion werden Zweifel daran laut, ob der Bundesrat mit einem Eintreten auf diese Vermittlungsvorschläge im Rahmen der Vereinbarung mit den interessierten Kantonen bleibt. Wird damit den Besetzern die Sache nicht allzu leicht gemacht? Und wie verhalten sich die Kantone? Herr Ritschard hält dazu fest, dass die Vermittler von sich aus, also ohne sein Zutun in irgend einer Art, gekommen sind, und dass er sie angesichts der politischen Funktionen, die sie in der Region ausüben, zwangsläufig empfangen musste. Im Einvernehmen mit dem Bundesrat hält er aber dafür, dass an den Bedingungen, welche der Bundesrat in seinem Brief an die gewaltfreie Aktion formuliert hat, integral festgehalten wird: Verhandlungen sind erst nach dem vollständigen Abbruch der Besetzung in Betracht zu ziehen. In diesem Sinne wird Herr Ritschard auch an einer auf den 9. Mai angesetzten Besprechung mit Regierungsvertretern der Kantone Baselstadt, Baselland und Aargau Stellung nehmen. In diesem Sinne ist auch die Presse zu informieren.

6. Aenderung diplomatischer Chargen

Herr Bundespräsident Graber orientiert den Rat über eine Indiskretion, durch welche das auf Ende des Jahres vorgesehene Revirement auf einigen der wichtigsten diplomatischen Posten an die Oeffentlichkeit gelangt ist. Für das politische Departement ergeben sich daraus einige Schwierigkeiten. Man wird versuchen, die betroffenen Regierungen über den Zwischenfall zu orientieren und sie zu bitten, darüber hinwegzusehen. Es handelt sich um folgende Nominierungen, welchen der Rat in der Folge seine Zustimmung erteilt:

Herr Generalsekretär Thalman tritt den Botschaftsposten in London an - Herr Botschafter Weitnauer kommt aus London nach Bern zurück und wird Generalsekretär des EPD. Der freiwerdende Posten unseres Botschafters in ~~New York~~ wird durch Herrn Botschafter Probst (derzeit EVD) besetzt.

*Leskinen*

CommunicationsM. Brugger

- signale que la conférence des ministres de l'OCDE se tiendra à Paris les 28 et 29 mai. Comme il est vraisemblable qu'un échange de vues aura lieu au niveau des ministres sur l'Agence internationale de l'énergie et quand bien même la Suisse s'est distancée des mesures protectionnistes, il conviendrait que le Conseil fédéral y délègue un de ses membres. Le chef du Département de l'économie publique y est délégué.
- signale qu'il recevra la visite de son collègue autrichien Staribacher le vendredi 23 mai, après l'avoir rencontré en compagnie du ministre de la République fédérale d'Allemagne Friedrich. L'entrevue aura lieu vraisemblablement en Bavière pour discuter de la situation conjoncturelle de l'Europe et de la relance économique dans les trois pays. Le Conseil accepte non sans que M. Graber ait mis en garde contre une quasi institutionnalisation des rencontres tripartites, eu égard à nos autres voisins. Le chef du Département des finances estime que ces rencontres peuvent être occasionnellement utiles, mais qu'il importe d'être circonspect si l'on ne veut pas encourir les reproches d'une alliance spécifique. M. Brugger précise que c'est la première rencontre des ministres de l'économie; que le climat des relations avec la République fédérale nécessite une rencontre, par ailleurs suggérée par le ministre Friedrich. Le Conseil fédéral en prend acte.

M. Furgler informe le Conseil que le mouvement "Force démocratique", qui avait demandé une entrevue au Conseil dans les plus brefs délais, s'étonne qu'on lui demande si une entrevue avec le Conseil est véritablement opportune. F.D. constate que la délégation du Conseil fédéral pour les affaires jurassiennes ignore l'extrême gravité de la situation dans le Jura Sud et rend le Conseil fédéral responsable des affrontements et de leurs conséquences. Le Conseil en prend acte.

Sur proposition de M. Chevallaz, il est décidé d'avoir un échange de vue sur la revision de la loi concernant la Centrale pour les questions d'organisation de l'administration avant de répondre à la Commission de gestion pour qu'elle se prononce sur le projet. On imagine difficilement que le Conseil fédéral puisse modifier son projet après que ladite commission l'aura discuté.

M. Furgler signale que l'ex-président du Vietnam du Sud, M. Thieu et sa femme, voudraient passer de Taïneh, où ils se sont réfugiés, en Suisse. Quand bien même on ne saurait refuser un visa touristique, il importe d'éviter une telle arrivée. La Police fédérale des étrangers s'est adressée aux ambassades des pays où les Thieu pourraient se rendre. Des dispositions ont été prises pour que la

- 5 -

demande parviennent à la Centrale.

Quant au personnel de l'Ambassade du Vietnam en Suisse, le chef du Département de justice et police signale que ses services ont pris les mesures nécessaires en accord avec la police bernoise, car on peut imaginer que les intéressés demanderont l'asile politique. La Police des étrangers examine également le sort des quelque six cents étudiants vietnamiens résidant dans notre pays. Le rapport parviendra au Conseil en temps et lieu.

26.5.1975 Br-Sa/Ba-cy

CHANCELLERIE FEDERALE

Distribution:

MM. les conseillers fédéraux	(7)
le chancelier de la Confédération	(1)
les vice-chanceliers	(2)